



BESSER ARBEITEN MIT **TARIF**

Dumpinglöhne bekämpfen, Schlupflöcher schließen

Viele Arbeitgeber sind auf der Flucht. Sie flüchten aus der Tarifbindung, weil sie wissen: Tarifverträge wirken. Beschäftigte mit Tarifvertrag verdienen im Schnitt 18 Prozent mehr Geld als Beschäftigte ohne Tarifvertrag. Sie arbeiten etwa eine Stunde pro Woche weniger und erhalten doppelt so oft Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Frauen profitieren von Tarifverträgen: Der sogenannte Gender Pay Gap – also der Unterschied zwischen den Durchschnittsgehältern von Frauen und Männern – ist in tarifgebundenen Betrieben deutlich kleiner. Auch in der Krise schützen Tarifverträge: Die Tariflöhne stiegen 2020 um durchschnittlich zwei Prozent, gleichzeitig haben Betriebe mit Tarifvertrag das Kurzarbeitergeld häufiger aufgestockt als andere Betriebe.

Leider sinkt die Zahl der Beschäftigten in tarifgebundenen Unternehmen seit Jahren. Nur noch 43 Prozent der Beschäftigten im Osten und 53 Prozent im Westen arbeiten in Betrieben mit Tarifvertrag. Die Arbeitgeber nutzen jedes Schlupfloch, um sich der Tarifbindung zu entziehen. Viele sind Mitglied in einem Arbeitgeberverband, aber „ohne Tarifbindung“, das heißt: Sie müssen den Tarifvertrag der Branche nicht anwenden, obwohl sie dem Arbeitgeberverband angehören. Oder sie strukturieren das Unternehmen so um, dass Teile der Belegschaft nicht mehr nach Tarif bezahlt werden. Diese Schlupflöcher gehören geschlossen. Und es muss einfacher werden, Tarifverträge auf eine ganze Branche anzuwenden, um unfairen Wettbewerb mit Dumpinglöhnen zu stoppen.



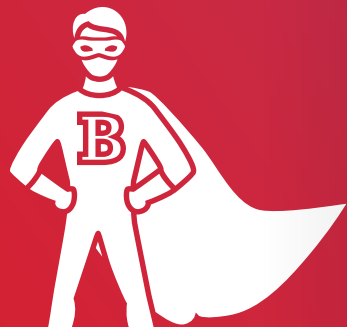
TARIF- TREUE

BELOHNEN

Öffentliches Geld nur bei Tariftreue

Bund, Länder und Kommunen vergeben jedes Jahr Aufträge im Wert von etwa 500 Milliarden Euro. Das ist eine gewaltige Summe mit erheblichem Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen. Und es ist ein wirkungsvoller Hebel, um für anständige Löhne und Arbeitsbedingungen zu sorgen. Wenn öffentliche Aufträge nur noch an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden, nutzt das jenen Unternehmen, die faire Tariflöhne bezahlen. Wer sich mit Dumping einen Vorteil verschafft, muss aus dem Wettbewerb um öffentliche Aufträge rausfliegen. Länder wie Berlin und Thüringen haben schon entsprechende Gesetze. Was fehlt, ist ein Bundestariftreuegesetz, mit dem wir sicherstellen, dass Dumping bei öffentlichen Aufträgen keine Chance mehr hat.

DGB



BETRIEBS- RÄTE

STARK MACHEN

Transformation in den Betrieben gestalten

Urlaub, Überstunden und Pausenregeln – wenn es um die Belange der Beschäftigten geht, sind die Betriebsräte für sie da. In Betrieben mit Betriebsräten sind die Arbeitsplätze sicherer und es werden mehr Auszubildende eingestellt. Durch Digitalisierung, Globalisierung und Klimawandel steigt der Veränderungsdruck in den Unternehmen. Neben der Tarifpolitik haben wir mit der betrieblichen Mitbestimmung ein bewährtes Instrument, um die Transformation der Arbeitswelt sozialpartnerschaftlich zu gestalten. Dafür ist es an der Zeit, nach 20 Jahren Stillstand die Mitbestimmungsrechte zu erweitern, zum Beispiel bei der Personalbemessung, der Arbeitszeiterfassung und bei Umweltschutzmaßnahmen.

BESSER

GLEICH BERECH- TIGT

Kein Rollback der Geschlechterrollen

Die Corona-Krise hat Frauen besonders hart getroffen. In Pflegeheimen und Krankenhäusern, in Kitas und Schulen, in Supermärkten und Drogerien – dort, wo systemrelevante und oft auch unterbezahlte Arbeit geleistet wird, sind überproportional viele Frauen beschäftigt. Auch in der häuslichen Kinderbetreuung, die in der Pandemie zugenommen hat, waren es vor allem Frauen, die die Hauptlast zu tragen hatten. Dies darf nicht zu einem Rollback der Geschlechterrollen führen. Stattdessen müssen die Benachteiligungen von Frauen bei Bezahlung und Aufstiegschancen ein Ende haben. Ohne die Arbeit von Millionen Frauen wären wir deutlich schlechter durch die Krise gekommen. Es ist Zeit, dass sich das auch bei der Lohnabrechnung zeigt.



BILDUNG

BRAUCHT MEHR GELD

Marode Gebäude, zu wenig Lehrkräfte

43 Milliarden Euro – so hoch beziffert die Förderbank KfW den Investitionsstau für Schulen. Und das betrifft nur die Gebäude und die Ausstattung, der Personalmangel kommt noch dazu. 35.000 Grundschullehrkräfte fehlen bis 2025, in den beruflichen Schulen kann bis zum Jahr 2030 jede fünfte Stelle nicht besetzt werden. Doch die Probleme beginnen bereits vor der Schule. Es fehlen in den Kitas über 100.000 Erzieher*innen, bis 2025 werden es bis zu 300.000 sein. Wer Geld hat, kann sich seine Bildungsrepublik aus Privatschulen erschaffen, die Mehrheit der Bevölkerung kann das nicht. Sie erwartet, dass die Bremse in der Bildungspolitik endlich gelöst wird und dass Bund und Länder in die Investitionsoffensive gehen.

Weitere Informationen, Positionen und Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Bundestagswahl:

www.dgb.de/echtgerecht
#EchtGerecht



GLEICHE CHANCEN

FÜR ALLE

Mehr investieren in Chancengleichheit

20 Jahre ist es her, dass der Pisa-Schock uns die soziale Spaltung unseres Bildungssystems vor Augen geführt hat. In kaum einem anderen Industrieland hing der Bildungserfolg so stark von der sozialen Herkunft ab. Der Traum vom sozialen Aufstieg endete für viele junge Menschen schon am Ausgangspunkt: der Schule. Der Aufstieg wurde ihnen verweigert, sie wurden enttäuscht und ihre Potenziale verschwendet. Und heute? Gut jede/r fünfte 15-Jährige kann nicht angemessen lesen und schreiben. Akademiker-Kinder haben bei gleicher Leistung eine 3,5-fach höhere Chance das Gymnasium zu besuchen als Arbeiterkinder. Die Quote der Schulabbrecher*innen steigt seit 2013, und 1,4 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren haben keine

abgeschlossene Ausbildung. Sie halten sich mit prekären Jobs über Wasser und haben schwierige Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben in Zukunft. Für all das gibt es Gründe: Bund und Länder investieren zu wenig in Bildung. Sieben Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung sollten in Bildung fließen – so wurde es auf dem Dresdner Bildungsgipfel im Jahr 2008 beschlossen. Gemessen an diesem Ziel sind es Jahr für Jahr mindestens 23 Milliarden Euro zu wenig, die wir für die Bildung der jungen Generation ausgeben. Wir sparen bei der wichtigsten Ressource, die wir haben, weil manche Schuldenbremsen und schwarze Nullen wichtiger finden als die Zukunft unserer Kinder. Wer bei Bildung und Ausbildung knaust, soll sich dann nicht über den Fachkräftemangel beklagen.



Zusammen besser werden in der EU

Ob Klimawandel oder Pandemie, Digitalisierung oder Migration – kein Land kann diese Herausforderungen im nationalen Alleingang meistern. In der Corona-Krise hat man das verstanden und auf gemeinsame EU-Lösungen gesetzt. Das europäische Investitionsprogramm aus dem Jahr 2020 ist ein historischer Meilenstein. Erstmals stehen die EU-Staaten in der Krise zusammen, um die europäische Wirtschaft über gemeinsame Schulden in Schwung zu bringen. Statt die ärmeren Länder zu zwingen, der Krise alleine hinterherzuspüren, will man gemeinsam aus der Krise herauswachsen. Diesen europäischen Zusammenhalt brauchen wir auch bei der Aufnahme von Geflüchteten und im Kampf gegen den Klimawandel, gegen soziale Spaltung und gegen die Feind*innen der Demokratie.

Impressum:
DGB Bundesvorstand
Reiner Hoffmann
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
Juni 2021
Gestaltung: BBGK Berliner Botschaft



GELD

MUSS INVESTIERT WERDEN

Investitionsturbo statt Schuldenbremse

Zu wenig Geld für Schulen, Straßen und Datennetz – wenn der Staat spart, trifft uns das alle. Eine Pandemie war nötig, damit die Bundesregierung den Fuß von der Schuldenbremse nimmt und das Investitionspedal durchdrückt. Aber sie darf jetzt nicht den Fuß vom Gas nehmen, sondern muss weiter investieren: Allein die Kommunen müssen 149 Milliarden Euro in die Hand nehmen, um den Rückstau aufzulösen. Warum? Um das Verkehrsnetz zu modernisieren, Bildung auf hohem Niveau für alle zu ermöglichen und um eine digitale Infrastruktur zu schaffen, für die man sich nicht schämen muss. Was wir brauchen: Mut zu Investitionen. Was wir nicht brauchen: Eine Rückkehr zur Schuldenbremse.



WOHNEN

MUSS BEZAHLBAR SEIN

100.000 Sozialwohnungen pro Jahr

Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Studierende, Beschäftigte, Familien – verzweifelt suchen Menschen nach bezahlbarem Wohnraum. Wenn sie eine Wohnung finden, frisst die Miete einen wachsenden Anteil des Einkommens auf. Schuld ist eine verfehlte Politik: Immer weniger Sozialwohnungen, immer mehr Privatisierung – der Markt sollte es richten. Hat er aber nicht und jetzt fehlen Wohnungen, die sich auch Menschen mit kleinem Geldbeutel leisten können. Deshalb muss investiert werden: Um in den Großstädten den Wohnungsbedarf zu decken, müssen 400.000 Wohnungen gebaut werden, davon 100.000 Sozialwohnungen – pro Jahr! Der DGB hat Vorschläge gemacht, wie das gehen kann. Die Förderung des Wohnungsbaus muss erhöht

werden und zwar nicht einmalig, sondern dauerhaft. Bis 1990 gab es in Deutschland Steuervergünstigungen für Wohnungsunternehmen, die sich zur Deckelung ihrer Mieten verpflichtet hatten. Diese steuerliche Förderung sollte wieder aufgelegt werden. Eine wichtige Rolle spielen die Kommunen: Sie sollten vom Bund bei der Gründung von kommunalen Wohnungsunternehmen unterstützt werden. Auch beim kommunalen Kauf von Grundstücken kann der Bund helfen, indem er geeignete Flächen aus dem Bundesvermögen vorrangig an die Kommunen gibt. Bei der Umwandlung von Acker- zu Bauland steigt der Wert eines Grundstücks. Der Bund sollte den gesetzlichen Rahmen schaffen, damit Kommunen diese Wertzuwächse weitgehend abschöpfen können, um mit diesem Geld den Wohnungsbau zu fördern.



RENTE

WIEDER GERECHT



WIR HABEN WAS GEGEN

ARMUT

Arm trotz Arbeit: nicht mit uns

Die Schere zwischen Arm und Reich geht auch in Deutschland immer weiter auseinander. Der Armutsbericht der Bundesregierung bestätigt: Es gibt immer mehr Arme und die soziale Ungleichheit verfestigt sich. Die zahlenmäßig größte Gruppe unter den Armen sind 4,4 Millionen Erwerbstätige, die trotz Arbeit arm sind. Gleichzeitig besitzen die obersten zehn Prozent der Bevölkerung 65 Prozent des Gesamtvermögens. Wir brauchen ein gerechtes Steuersystem, das Gering- und Normalverdiener*innen nicht länger benachteiligt. Das Steuerkonzept des DGB ist durchgerechnet und gerecht. Es soll 95 Prozent aller Haushalte entlasten und die reichsten fünf Prozent stärker in die Pflicht nehmen. Dabei geht es nicht um Neid oder Missgunst. Es geht darum, dass

Spitzenverdiener*innen, Erb*innen und Vermögende größere Reserven haben als Gering- und Normalverdiener*innen. Sie können also auch mehr dazu beitragen, dass Bund, Länder und Kommunen das nötige Geld haben, um das Gesundheitswesen, die Ausstattung von Schulen, den Schienenausbau und vieles mehr zu finanzieren.

Eine weitere Baustelle: Der Niedriglohnsektor muss endlich ausgetrocknet werden. Die Einführung des Mindestlohns war ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Armut. Nun muss der nächste Schritt folgen: Eine kräftige Anhebung des Mindestlohns, damit niemand für weniger als zwölf Euro arbeiten muss. Der beste Schutz gegen Armutslöhne sind immer noch Tarifverträge. Darum ist es wichtig, die Tarifbindung zu stärken – sie verhindert Armut.



KLIMASCHUTZ

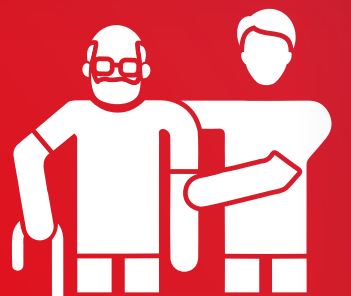
MIT GUTER ARBEIT

Klimaschutz braucht Investitionen

Um den Klimawandel zu stoppen, müssen wir uns wandeln. Das heißt aber nicht, dass wir gute Arbeitsbedingungen opfern müssen, um das Klima zu schützen. Es geht nicht um Klimaschutz statt guter Arbeit, sondern um Klimaschutz mit guter Arbeit – denn ohne oder gegen die Beschäftigten wird sich Klimaneutralität nicht erreichen lassen. Ohne öffentliche Investitionen auch nicht. Schienen, Straßen und Radwege, Energienetze, bezahlbarer Strom und schnelles Internet – wir brauchen einen Transformationsfonds, um die nötigen Investitionen zu finanzieren. Im Blick behalten müssen wir die soziale Balance: Wenn die Preise für Mobilität und Strom steigen, werden Menschen mit kleinen Einkommen schnell überfordert – das darf nicht passieren.

Rente muss zum Leben reichen

Wer sein Leben lang gearbeitet hat, soll im Alter gut von der Rente leben können. Das Rentenniveau, die Messgröße zur Berechnung der Rente, lag im Jahr 2020 bei 48,2 Prozent. Wenn politisch nicht umgesteuert wird, sinkt das Rentenniveau auf 43 Prozent in den 2040er Jahren. Das Ergebnis: Verglichen mit dem Lohn verliert die gesetzliche Rente immer mehr an Wert. Besonders betroffen davon sind Geringverdiener*innen. Durch das sinkende Rentenniveau erreichen sie kaum noch eine Rente, die zum Leben reicht. Wer heute 2.050 Euro brutto verdient, müsste allein für das Existenzminimum fast 46 Jahre in die Rente einzahlen – das ist inakzeptabel. Rentenniveau stabilisieren und anheben, mehr Geld für die gesetzliche Rente statt private Vorsorge, Betriebsrenten stärken – so wird unser Rentensystem wieder gerecht.



GUTE PFLEGE

FÜR ALLE

Die neue Pflegekasse muss kommen

Pflege darf nicht arm machen – weder die Pflegebedürftigen noch deren Angehörigen. Jeder Mensch kann pflegebedürftig werden, deshalb sollte das Pflegerisiko solidarisch abgesichert werden. Derzeit ist Pflegebedürftigkeit ein Armutsrisiko. Die Kosten für stationäre Pflege, die aus eigener Tasche bezahlt werden, belaufen sich im Schnitt auf 2.068 Euro monatlich – Tendenz steigend. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus dem Eigenanteil an den Pflegekosten von 831 Euro, den durchschnittlichen Kosten für Unterkunft und Verpflegung von 779 Euro und den Investitionskosten von 458 Euro. Viele Pflegebedürftige und ihre Familien können sich das nicht leisten, deshalb befindet sich ungefähr jede/r dritte stationäre Pflegebedürftige in der Sozialhilfe. So war es

nie gedacht und so darf es nicht bleiben. Ein zentrales Problem: Es ist zu wenig Geld in der Pflegeversicherung, sie deckt nur einen Teil der Kosten, die für pflegebedürftige Menschen entstehen. Wie in der Krankenversicherung sind bestimmte Berufs- und Einkommensgruppen von der Versicherungspflicht ausgenommen. Aber die Gesellschaft wird älter und das aktuelle System stößt an seine Grenzen. Wenn wir Pflegearmut verhindern wollen, brauchen wir eine neue Pflegekasse, in die alle einzahlen – auch Selbstständige, Spitzenverdiener*innen und künftige Beamte*innen. So lässt sich eine Vollversicherung finanzieren, die die Pflegeleistungen ausweitet und die Eigenanteile senkt, damit Pflegebedürftigkeit kein Armutsrisiko bleibt.



PFLEGEKRÄFTE

VERDIENEN MEHR

Gute Pflege braucht faire Löhne

Wessen Arbeit unverzichtbar ist, ist in der Pandemie deutlich geworden. Die Pflegekräfte, davon 84 Prozent Frauen, gehören zweifelsohne zur Gruppe der Unentbehrlichen. Ohne ihren unermüdlichen Einsatz wären wir in der Pandemie aufgeschmissen gewesen. Sie haben unter schwierigen Bedingungen und dem Risiko der Ansteckung jeden Tag ihren wertvollen Dienst verrichtet. Sie verdienen mehr als warme Worte und Klatschen vom Balkon. Die Bezahlung muss fair sein, vergleichbar mit anderen Branchen, und sie muss den Wert der Arbeit ausdrücken. Auch die Arbeitsbedingungen müssen besser werden, damit sich der Fachkräftemangel in der Pflege nicht verschärft. Sonst spüren wir bald auch ohne Pandemie, wie systemrelevant die Pflegeberufe sind.

Was niemand braucht, ist eine weitere Anhebung des Rentenalters. Klar ist: In einer älter werdenden Gesellschaft gibt es immer mehr Rentner*innen. Doch die Lebenserwartung steigt nicht für alle gleich: Ein Bauarbeiter oder eine Altenpflegerin, die ihr Leben lang körperlich hart gearbeitet haben, sterben im Durchschnitt früher als Menschen aus anderen Berufsgruppen. Das ist heute schon ungerecht. Eine spätere Altersgrenze für den Rentenbeginn würde diese Menschen stärker treffen als andere. Für sie verkürzt sich der verdiente Ruhestand oder sie müssen Abschläge bei der Rente hinnehmen, weil sie es nicht bis zum Rentenalter schaffen. Das lehnen wir ab.